



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl AfD**

Haushalte und Betriebe vor weiteren finanziellen Belastungen schützen: Keine CO₂-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr - Industrie aus dem europäischen Emissionshandel ausgliedern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck gegen jede Form von CO₂-Bepreisung für die Sektoren Gebäude und Verkehr einzusetzen und damit Haushalte und Betriebe wirksam vor finanziellen Mehrbelastungen zu schützen.
2. Damit einhergehend wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die bereits im europäischen Emissionshandel erfassten Industriezweige aus diesem System auszugliedern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Branchen nachhaltig zu verbessern.

Begründung:

Statt die explodierenden Kosten der faktisch gescheiterten Energiewende einzudämmen und damit die mittlerweile untragbare Belastung von Haushalten und Unternehmen zu reduzieren, hat sich die Bundesregierung und ihr sogenanntes „Klimakabinett“ zusätzlich für die Bepreisung von CO₂ in den Sektoren Gebäude und Verkehr ausgesprochen¹. Damit will die große Koalition das Leben bzw. Wirtschaften für Millionen Haushalte und Unternehmen in Deutschland massiv verteuern. Eine echte Lenkungswirkung ist dabei nicht zu erwarten, weil der Energieverbrauch im Regelfall nicht ohne größere Investitionen, z. B. in Gebäudesanierung oder sparsameren Pkw, reduziert werden kann. Gerade Geringverdiener verfügen dabei häufig nicht über die finanziellen Möglichkeiten für derart kostenintensive Anschaffungen und werden durch den CO₂-Preis stärker belastet, ohne eine Alternative zu ihrem Verhalten zu haben. Dies betrifft gerade Familien mit älteren Wohngebäuden und entsprechend höherem Heizenergieverbrauch. Eine CO₂-Bepreisung ist damit hinsichtlich Emissionsminderungen nahezu wirkungslos, dafür aber in hohem Maße unsozial.

Auch Unternehmen können im Regelfall ihren Energieverbrauch nicht ohne Weiteres reduzieren. Ein CO₂-Preis verschlechtert damit die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nachhaltig, ohne zu größeren Emissionseinsparungen zu führen.

Für die Betroffenen macht es dabei keinerlei Unterschied, ob sie die Mehrbelastung in Form einer Steuer oder über einen Zertifikatehandel tragen müssen. Die Antragsteller lehnen eine derart unsoziale und wirtschaftsfeindliche Politik entschieden ab.

¹ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/eckpunkte_klimaschutzprogramm_2030.pdf